Deutscher Bundestag **Drucksache 14/576**
14. Wahlperiode 19. 03. 99

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 24. März 1999

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)

Wie viele Bundesmittel flossen in den letzten zehn Jahren in die bemannte und in die unbemannte Weltraumforschung, und bei welchen außergewöhnlich wichtigen Vorhaben lag die Federführung für diese Forschungsprojekte bei deutschen Forschungsinstituten, Unternehmen oder Universitäten?

2. Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)

Wie viele Bundesmittel wurden im vergangenen Zeitraum von zehn Jahren für Forschungsprojekte mit einem Volumen von über 100 Mio. DM im Bereich der Weltraumforschung zur Verfügung gestellt, und wie hoch ist dabei die Anzahl der Großforschungsprojekte, bei denen der deutsche Anteil am Endprodukt nicht mehr erkennbar ist?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Schließt die Bundesregierung aus, daß nach der beschlossenen Verlegung der Auswertungsabteilung des Bundesnachrichtendienstes mit annähernd 1 000 Mitarbeitern weitere Mitarbeiter und Organisationseinheiten von München nach Berlin verlegt werden?

4. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (F.D.P.)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, die Präsidentin der RIAS Berlin Kommission vorzeitig aus ihrem Amt abzuberufen?

5. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch eine verbindliche Aussage über den Verbleib des Bundesnachrichtendienstes in Pullach, Landkreis München, die gegenwärtig herrschende Unsicherheit bei den Beschäftigten zu beseitigen, zumal die laufenden Verbesserungen der Kommunikationstechnik für einen Verbleib am gegenwärtigen Standort sprechen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordneter **Dr. Max Stadler** (F.D.P.)	Stimmen die Darstellungen von Menschenrechtsverletzungen seitens der Türkei im Menschenrechtsbericht 1998 des US State Department mit den Erkenntnissen der Bundesregierung überein?
7. Abgeordneter **Dr. Max Stadler** (F.D.P.)	Welche Folgerungen für ihre praktische Politik wird die Bundesregierung aus diesem Bericht ziehen, insbesondere in Ansehung der Instrumentarien aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, in Ansehung von Waffenlieferungen und im Hinblick auf die Problematik der Abschiebung von Kurden, zumal in dem Bericht unter Namensnennung und Schilderung von weiteren Details die Folterung von zwei aus Deutschland in die Türkei abgeschobenen Kurden dargestellt wird?
8. Abgeordnete **Heidi Lippmann-Kasten** (PDS)	Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde nach Kenntnis der Bundesregierung das Verfahren gegen die US-amerikanischen Piloten, die im italienischen Cavalese eine Seilbahn zum Absturz brachten, der US-amerikanischen Militärgerichtsbarkeit übertragen?
9. Abgeordnete **Heidi Lippmann-Kasten** (PDS)	Würden dieselben Grundlagen auch für einen vergleichbaren Fall auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland gelten, und sieht die Bundesregierung ggf. gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um in solchen Fällen die Zuständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit zu erreichen?
10. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke-Reymann** (PDS)	Welche Handhabe hätte die Bundesrepublik Deutschland, falls bei einer militärischen Übung deutsche Zivilpersonen durch Angehöhrige ausländischer Streitkräfte zu Schaden kämen bzw. getötet würden, ein Verfahren vor einem deutschen Strafgericht zu erreichen?
11. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke-Reymann** (PDS)	Beabsichtigt die Bundesregierung, vor dem Hintergrund des Freispruches für US-amerikanische Piloten durch ein amerikanisches Militärgericht eine Neuverhandlung des NATO-Truppenstatuts bzw. des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut in den Gremien der Atlantischen Allianz zu fordern?

12. Abgeordneter **Fred Gebhardt** (PDS)

Gibt es einen Informationsaustausch mit der italienischen Regierung über den durch eine US-Militärmaschine verursachten Seilbahnabsturz?

13. Abgeordneter **Fred Gebhardt** (PDS)

Gibt es Konsulationen mit der italienischen Regierung darüber, wie die Rechte der Stationierungsländer gegenüber ausländischen Streitkräften gestärkt werden können?

14. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung seit Beginn der demokratischen Ära Rumäniens bis heute unternommen, um deutsche Kulturgüter und -denkmäler in Rumänien vor dem Verfall zu bewahren?

15. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um humanitäre Hilfsleistungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Rumänien zu erleichtern und von der Verzollung zu befreien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

16. Abgeordneter **Norbert Barthle** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung europäische Staaten bekannt, die ihre Staatsangehöhrigkeit mit einer zeitlichen Befristung versehen, und wenn ja, welche?

17. Abgeordneter **Dr. Paul Laufs** (CDU/CSU)

Welcher sachliche Grund spricht bei der geplanten Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts für die Einführung einer Altersgrenze von 23 Jahren für die Entscheidung hinsichtlich der endgültigen Staatsbürgerschaft?

18. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung auch nach der mißglückten „Selbstreinigung" des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) an der politischen Unterstützung dieses Welt-Organs fest?

19. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in Zukunft die Austragung von Olympischen Spielen durch das IOC bejahen und deren – auch indirekte – Unterstützung durch Sportfördermittel des Bundes festsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordneter **Ernst Burgbacher** (F.D.P.)

Was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gegen erwiesene Fälle von Betrug und Korruption innerhalb der diversen Leitungsebenen der EU zu unternehmen?

21. Abgeordneter **Ernst Burgbacher** (F.D.P.)

Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Sachstand in der Betrugsaffäre innerhalb der für Strukturpolitik zuständigen EU-Generaldirektion, in deren Zusammenhang die Immunität eines hohen deutschen EU-Beamten, der als Abteilungsleiter für die Finanzierung eines Tourismusprojekts in Portugal zuständig ist, aufgehoben wurde (s. Süddeutsche Zeitung vom 12. März 1999)?

22. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Mit welcher durchschnittlichen Mieterhöhung müssen Mieter von bundeseigenen Wohnungen in Ballungsräumen, wie z. B. München, aufgrund eines Erlasses der Bundesregierung rechnen, nach dem die bisherige Weisung, die Miete für diese Wohnungen bestimme sich ausschließlich nach der unteren Grenze der ortsüblichen Vergleichsmiete, aufgehoben wurde, und welche zusätzlichen Einnahmen für den Bundeshaushalt ergeben sich dadurch?

23. Abgeordneter **Norbert Barthle** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, vor dem Hintergrund von Äußerungen der Vorsitzenden des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Christine Scheel, im Rahmen der künftigen Unternehmenssteuerreform eine Absenkung der Körperschaftsteuer auf 23 %, und wie stellt sich die Bundesregierung ggf. die Finanzierung dieser Entlastung vor?

24. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

In welchem Umfang plant die Bundesregierung, wie vom Bundeskanzler und vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie nach dem Rücktritt des Bundesministers der Finanzen angekündigt, im Rahmen der Unternehmenssteuerreform die Unternehmen steuerlich zu entlasten, und mit welchem Einnahmeausfällen muß für die Haushalte von Bund, Länder und Gemeinden gerechnet werden?

25. Abgeordneter **Peter Rauen** (CDU/CSU)

Ist in dem geplanten Steuersatz von 35% bei der Unternehmensbesteuerung die Gewerbesteuer eingeschlossen, oder fällt diese zusätzlich an?

26. Abgeordnete **Gerda Hasselfeldt** (CDU/CSU)

Wird mit der vorgesehenen Unternehmensbesteuerung eine Be- oder Entlastung für die Unternehmen verbunden sein, und wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zu rechnen?

27. Abgeordnete **Elke Wülfing** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung einen Ausgleich für die Kommunen schaffen, wenn es durch die Unternehmensbesteuerung zu einem niedrigeren Steueraufkommen kommt?

28. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Wie kann eine zu breite verfassungswidrige Spreizung der Steuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer bei einer Unternehmenssteuer vermieden werden?

29. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Ist zur Staatsquotensenkung eine Nettoentlastung zu erwarten, oder soll es weitere Gegenfinanzierungsmaßnahmen geben, die die Wirtschaft wieder belasten dürften?

30. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (F.D.P.)

Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung der Kunsthandel, speziell die Gallerien, bei Kunstwerken eine „dauerhafte" Wertminderung nachweisen, die nunmehr (nach dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002) Voraussetzung für eine Teilwertabschreibung ist?

31. Abgeordneter **Dr. Michael Meister** (CDU/CSU)

Wann und in welcher Höhe hat das Bundeskabinett, gemäß Äußerungen aus den Koalitionsfraktionen am 17. Februar 1999 im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, be-

schlossen, Steuermehreinnahmen aus der Streichung des Vorkostenabzugs bei der Eigenheimförderung für eine Wohngeldanpassung gezielt zu verwenden?

32. Abgeordneter **Dr. Michael Meister** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung veranlaßt, daß ein solcher Beschluß auch dem Haushaltsausschuß und dem Finanzausschuß im Zusammenhang mit der Beratung des Steuerentlastungsgesetzes und des Finanztableaus über dessen Auswirkungen zur Kenntnis gelangte?

33. Abgeordnete **Angela Marquardt** (PDS)

Wie beurteilt die Bundesregierung eine in Aussicht stehende Kreditgewährung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zur Fertigstellung der Kraftwerksprojekte Khmelnistky 2 und Rivne 4 in der Ukraine?

34. Abgeordnete **Angela Marquardt** (PDS)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Einfluß Deutschlands – Hauptaktionär der EBWE – geltend zu machen, um die Kreditgewährung für die Fertigstellung der Kraftwerke zu verhindern, bzw. wird sie diesbezüglich auch mit dem deutschen Exekutiv-Direktor der EBWE Kontakt aufnehmen?

35. Abgeordneter **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung auf dem Europäischen Sonderrat der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 24./25. März 1999 in Berlin entsprechend den bisherigen positiven Äußerungen des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum Fortbestand von Duty-free bereit, dafür zu sorgen, daß, bedingt durch den Rücktritt der EU-Kommission, die jetzt entstandene Situation zum Anlaß genommen wird, das Schlußdatum für Duty-free ersatzlos zu streichen, um ausreichend Zeit für eine angemessene Übergangsregelung zu erhalten, die die verschiedenen Mehrwertsteuersätze der EU-Partnerländer berücksichtigt?

36. Abgeordneter **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Bis wann plant die Bundesregierung den Einführungserlaß zur Tonnagesteuer in gültiges Recht umzusetzen, bzw. wie beurteilt sie die Möglichkeiten der praktischen Anwendung der Tonnagesteuer für den maritimen Standort Deutschland, solange dieser Einführungserlaß nicht abschließend und rechtskräftig definiert worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

37. Abgeordnete **Dr. Maria Böhmer** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, das die Bundesregierung beabsichtigt, Dienstleistungsschecks für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten zur Einlösung in Dienstleistungsagenturen einzuführen, und wenn ja, wie sieht das Konzept genau aus?

38. Abgeordnete **Dr. Maria Böhmer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung, wenn das Konzept umgesetzt wird, den bereits eingeführten Haushaltsscheck und die steuerliche Absetzbarkeit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im privaten Haushalt beibehalten, und falls nein, wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die derzeit in privaten Haushalten bestehenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse?

39. Abgeordneter **Thomas Strobl** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die nachhaltige Kritik aus zahlreichen Landesregierungen an der geplanten Sozialabgabenpflicht für 630-DM-Jobs und generell an der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse?

40. Abgeordneter **Thomas Strobl** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nun bereit, dem Wunsch dieser Landesregierungen entsprechend, Regelungen im Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, die insbesondere im Bereich der Zeitungszusteller und der Beschäftigten in der Gastronomie sich nachteilig und sinnwidrig auswirken dürften, nachzubessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordnete **Ursula Lietz** (CDU/CSU)

Wie viele Soldaten der Bundeswehr nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung in welchem Haushaltsrahmen in den Jahren 1998 und 1999 an den beruflichen Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Berufsförderungsdienstes teil, welche in Zusammenarbeit mit den regionalen Industrie- und Handelskammern durchgeführt werden?

42. Abgeordnete **Ursula Lietz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Tatsache, daß die Aus- und Fortbildungsprogramme im Rahmen des Berufsförderungsdienstes für Soldaten der Bundeswehr mit regional unterschiedlichen Durchfallquoten von bis zu 80% einhergehen, in den zentralen Richtlinien, die für das gesamte Bundesgebiet einheitlich gelten, begründet?

43. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung auf die Belastung der Soldaten durch Einsätze im In- und Ausland reagieren, bei denen sie psychisch und physisch häufig bis an ihre Leistungsgrenze gehen müssen?

44. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, dem grundgesetzlichen Gebot, daß die Wehrpflicht die primäre Pflicht des jungen Staatsbürgers ist, Nachdruck zu verleihen?

45. Abgeordneter **Walter Hirche** (F.D.P.)

Wie ist der Stand der Vorbereitungen für die Unterbringung der Soldaten des deutsch-dänisch-polnischen Korps, und warum hat Deutschland, z. B. im Unterschied zu Dänemark, davon abgesehen, für die deutschen Familien zur Unterbringung eigene Häuser bauen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

46. Abgeordnete **Ursula Heinen** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Einführung eines Modellversuchs zur Abgabe von Heroin vor dem Hintergrund, daß die zunehmende Abgabe von Methadon, beispielsweise in Hamburg, zur häufigsten Ursache des Drogentodes geworden ist?

47. Abgeordnete **Ursula Heinen** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung vor, durch eine Abgabe von Heroin die Zahl der Drogentoten zu verringern, wenn dies bereits bei Methadon nicht gelungen ist, sondern nach den Zahlen im Drogen- und Suchtbericht 1998 sogar zum Gegenteil geführt hat?

48. Abgeordneter **Klaus Holetschek** (CDU/CSU)	Wie bewertet die Bundesregierung den forcierten Entzug nach der Detox-Methode, wie sie an der Berliner Charit´e entwickelt wurde?
49. Abgeordneter **Klaus Holetschek** (CDU/CSU)	Woher soll das bei den geplanten Modellversuchen zur Heroinabgabe benötigte Heroin beschafft werden, und von wem?
50. Abgeordnete **Katherina Reiche** (CDU/CSU)	Warum wurden Konzepte zur Bekämpfung von Drogenabhängigkeit auf Länderebene wie „Therapie sofort” oder das niedrigschwellige Ausstiegsprogramm in Baden-Württemberg nicht auf Bundeseben aufgegriffen?
51. Abgeordneter **Dr. Ralf Brauksiepe** (CDU/CSU)	In welcher Höhe wird der Bereich Prävention in der Drogenpolitik – wie von der Bundesministerin für Gesundheit angekündigt – im Haushalt aufgestockt?
52. Abgeordneter **Dr. Ralf Brauksiepe** (CDU/CSU)	Welche neuen Maßnahmen sollen damit finanziert werden?
53. Abgeordnete **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU)	Wird die Kontrolle und Voraussetzung bei der Methadon-Abgabe aufgrund der Ergebnisse des Rauschgift-Lageberichts des Bundeskriminalamtes verschärft, etwa durch Qualifikation und Fortbildungspflicht der für Substitutionsbehandlung zugelassenen Ärzte, psychosoziale Begleitung sowie regelmäßige und kontrollierte Überwachung des Beikonsums von Drogen, Alkohol und Medikamenten?
54. Abgeordnete **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU)	Warum ist, vor dem Hintergrund der dramatisch steigenden Zahl von Todesfällen nach Methadon-Einnahme, die vom Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen beschlossene Methadon-Richtlinie, die eine Begrenzung der Methadon-Abgabe beinhaltete, vom Bundesministerium für Gesundheit beanstandet worden, obwohl der Bundesausschuß insoweit einen Ermessensspielraum hat?

55. Abgeordneter
Dr. Hans Georg Faust
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Fachleuten, daß für in Deutschland zugelassene Arzneimittel der „GKV-Marktzugang” bisher mit der EU- bzw. nationalen Zulassung verbunden war und daß die vom Bundesministerium für Gesundheit nicht beanstandete Neufassung der Arzneimittelrichtlinien des Bundesausschusses Ärzte und Krankenkassen für den deutschen Markt jetzt quasi eine „zweite Markthürde” bedeuten?

56. Abgeordneter
Dr. Hans Georg Faust
(CDU/CSU)

Auf welche Rechtsgrundlage basiert diese „zweite Markthürde”, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Neufassung der Arzneimittelrichtlinien gegen EU-rechtliche Vorschriften verstößt?

57. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Rechtsexperten, daß der Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen nicht legitimiert ist, mittels Arzneimittelrichtlinien nach § 92 SGB V faktisch Verordnungsausschüsse zu beschließen, sondern daß dieses Recht ausschließlich dem Gesetz- und Verordnungsgeber nach den §§ 34 und 93 Abs. 2 SGB V vorbehalten ist?

58. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)

Wenn nein, aufgrund welcher Rechtsgrundlage konnte nach Auffassung der Bundesregierung der Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen Arzneimittel von der Erstattung durch die GKV ausschließen?

59. Abgeordnete
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
(CDU/CSU)

Ist ein Bericht im „Gelben Dienst” vom 15. März 1999 zutreffend, nach dem bei der Erarbeitung der Eckpunkte zur Gesundheitsreform 2000 Bundesministerin Andrea Fischer eine Hamburger Agentur beteiligt und diese zahlreiche Vorschläge für die Eckpunkte gemacht hat?

60. Abgeordnete
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
(CDU/CSU)

Wenn ja, welche konkreten Vorschläge fanden im Eckpunktepapier Berücksichtigung, und welche finanziellen Mittel wurden im Haushalt des Bundesministeriums für Gesundheit dafür aufgewendet?

61. Abgeordneter
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung nunmehr die Notwendigkeit, öffentlich unmißverständlich zu erklären, ob mit der Gesundheitsreform 2000 eine Übergangsregelung für Versicherte eingeführt wird, die als pflichtversicherte GKV-Mitglieder jahrelang von der Möglichkeit der Kostenerstattung Gebrauch gemacht haben, dazu private Zusatzversicherungen abgeschlossen haben und jetzt angesichts von als ausweichend empfundenen Antworten des Bundesministeriums für Gesundheit nicht wissen, ob sie diese Verträge kündigen sollen, da nach dem Vorschaltgesetz ab dem 1. April 1999 Kostenerstattung nicht mehr praktiziert werden kann?

62. Abgeordneter
Dr. Dieter Thomae
(F.D.P.)

Womit begründet die Bundesregierung ihre Ansicht, daß zwar bei Pflicht- nicht jedoch bei freiwillig GKV-Versicherten die Kostenerstattung den solidarischen Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken, Jungen und Alten, Beziehern höherer und niedriger Einkommen und zwischen Ledigen und Familien mit Kindern beeinträchtigt, und warum ist sie der Auffassung, daß das bei Pflichtversicherten so ist, obwohl diese ihren vollen Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung leisten und die Krankenkasse für sie bei Inanspruchnahme von Ärzten im Rahmen der Kostenerstattung keinen Pfennig mehr bezahlt als für einen Patienten, der sich im Rahmen der Sachleistung behandeln läßt?

63. Abgeordneter
Dr. Dieter Thomae
(F.D.P.)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß die Pflichtversicherten mit Zusatzversicherung jetzt eine Auskunft darüber brauchen, ob für diejenigen eine Übergangsregelung geschaffen wird, die bis zum 31. Dezember 1998 von der Möglichkeit der Kostenerstattung Gebrauch gemacht haben, weil sie andernfalls ihre Verträge mit dem Effekt des Verlustes der Anwartschaften kündigen müssen oder ohne gesicherte Grundlage zum Teil nicht unerhebliche Prämien weiterzahlen müßten, allein in der vagen Hoffnung, daß die Bundesregierung irgendwann doch noch eine Sonderregelung ermöglicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

64. Abgeordneter **Horst Friedrich (Bayreuth)** (F.D.P.)

Welche Vorbereitungen hat die Bundesregierung zur bevorstehenden Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes getroffen?

65. Abgeordneter **Horst Friedrich (Bayreuth)** (F.D.P.)

Zu welchem Zeitpunkt wird der Deutsche Bundestag in die Vorbereitungsarbeiten einbezogen?

66. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die echte Privatfinanzierung der Verkehrswege auszuweiten, um auch in Zukunft die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen zu können?

67. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (F.D.P.)

Trifft die Bundesregierung Vorbereitungen, um sich in dieser Frage durch eine unabhängige Expertenkommission beraten zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

68. Abgeordneter **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU)

Welche Chancen und Risiken sieht die Bundesregierung bei der Nutzung von Regenwasser in Haushalten auf der Grundlage neuer Anlagetechniken?

69. Abgeordneter **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Maßnahmen vor, um zu einer verstärkten Nutzung von Regenwasser in Haushalten zu kommen?

70. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß – wie in der „Zeit" vom 11. März 1999 berichtet – das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das Bundesamt für Strahlenschutz angewiesen hat, bestimmte Publikationen im Internet-Angebot zu löschen?

71. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Götzer
(CDU/CSU)

Hat Bundesminister Jürgen Trittin noch 1993 den sog. Buback-Nachruf in der Zeitschrift des Göttinger AStA als „radikal pazifistische Absage an den Terrorismus" und die klammheimliche Freude des Autors über den Mord als eine „sehr unstaatsgemäße Einleitung" verteidigt (vgl. FAZ vom 24. Februar 1999)?

72. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Götzer
(CDU/CSU)

Bekannte sich Bundesminister Jürgen Trittin dazu, daß er zu dem Teil der Studentenschaft gehört habe, der nicht bereit gewesen sei, sich von diesem „Nachruf" zu distanzieren (vgl. FAZ vom 24. Februar 1999)?

73. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
(CDU/CSU)

Trifft die in der FAZ vom 24. Februar 1999 aufgestellte Behauptung zu, Bundesminister Jürgen Trittin sei vor seiner Ernennung zum Bundesminister im Kommunistischen Bund in Göttingen aktiv gewesen, und wenn ja, hat diese Gruppe zu Zeiten der Aktivitäten von Bundesminister Jürgen Trittin in dieser Gruppe der öffentlichen Empörung über den in der Zeitschrift des Göttinger AStA veröffentlichten sog. Buback-Nachruf erklärt: „Sollen wir uns die Freude über den Tod des Herrn B. verbieten lassen"?

74. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
(CDU/CSU)

Wurde Bundesminister Jürgen Trittin für den Kommunistischen Bund 1979 in den AStA der Universität Göttingen gewählt (vgl. Welt am Sonntag vom 5. Juli 1998)?

Bonn, den 19. März 1999